

Nach einem Jahr CDU/FDP-Landesregierung
in Niedersachsen

Negative Bilanz

Entgegen allen wohlfeilen politischen Sonntagsreden von der herausragenden Bedeutung der Bildung für die Zukunft unserer Gesellschaft mutet die seit fast einem Jahr regierende schwarz-gelbe Koalition in Niedersachsen den Bürgern des Landes erhebliche Verschlechterungen zu. Die Verschlechterungen für eine „Muster“-Familie mit zwei Kindern reichen von der Kinder-tagesstätte (Kita) bis zur Hochschule und zur Erwachsenenbildung.

Bei den ganz Kleinen, den „Kurzen“ soll der Haushaltsansatz für den Bildungsplan Kindergarten um über die Hälfte von 540 000 Euro auf 250 000 Euro reduziert werden. Die Kita-Mittel sollen nach einer „Kopfprämie“ auf die Kommunen verteilt werden. Und da diese Prämie nicht zweckgebunden sein soll, könnten die Kommunen damit auch ihre defizitären Haushalte ausgleichen.

Dies wird zur Folge haben, dass Ganztagesgruppen in Halbtagesbetreuung umgewandelt werden, dass zusätzliches Personal in sozialen Brennpunkten abgebaut oder gestrichen wird, dass es mehr „prekäre Arbeitsverhältnisse“ in den Kitas geben wird und nicht zuletzt, dass unsere Musterfamilie erhöhte Gebühren für ihr Kita-Kind zu erwarten hat. Wo doch ihr Familienetat durch ihr Grundschulkind in der vierten Klasse – nach der Entscheidung, ob es auf die Hauptschule, die Realschule, oder das Gymnasium wechseln wird – mit Schulbuchkosten bis zu 150 Euro schon massiv belastet wird. Der gewünschte Ganztagesplatz in der Kita wird aber kaum zur Verfügung stehen. Denn gerade das „Ganztagesangebot“ für alle Eltern, die es möchten, überfordert die Kommunen.

Ab dem 1. Februar 2004 beginnt ein halbes Jahr vor der Einschulung auch erstmals ein Sprachförderunterricht für die ca. 10 Prozent der Kinder mit Sprachdefiziten – wie zum Beispiel bei dem Kind unserer Musterfamilie. Die für die Sprachförderung benötigten 187 zusätzlichen Lehrkräfte werden nicht neu eingestellt, sondern aus dem Bestand der Grundschulen genommen. Das heißt u.a., dass 50 Prozent der bisher als Förderunterricht in den Grundschulen eingesetzten Stunden und die Vertretungsreserve der vollen Halbtagschule dafür verwendet werden sollen und somit aus dem bisherigen Unterricht entfallen. Das Grundschulkind bekäme also einen um die Hälfte gekürzten Förderunterricht und in den Vollen Halbtagschulen gäbe es keine Unterrichtsvertretung mehr.

Für unser Kita-Kind soll der Sprachförderunterricht in der Regel mittags (direkt im Anschluss an den Kindergarten) oder am Nach-

mittag stattfinden. Denn die Landesregierung will 800 000 Euro dadurch einsparen, dass die Förderkurse nicht gleichzeitig in Kindergärten, Kindertagesstätten und Grundschulen angeboten, sondern gebündelt werden.

150 Stellen weniger

Bei der Einschulung stehen die Eltern vor der Frage, wie kommt unser Kind in die Schule und was kosten die Schulbücher und Lernmittel? Bisher gibt es die vom Schulträger finanzierte Schülerbeförderung sowie die Lernmittelfreiheit.



Landesregierung löst wachsenden Unmut aus. Die massiven Eingriffe in Struktur und Ausstattung des niedersächsischen Bildungswesens von der Kita bis zur Hochschule werden zunehmend zum Ärgernis für alle von Bildung Betroffenen. Der Widerstand beginnt sich zu organisieren.

Neu wird sein, dass ab August 2004 die Lernmittelfreiheit abgeschafft wird. Das Land spart dadurch 9,7 Millionen Euro.

Wechselt unser Grundschulkind auf eine weiterführende Schule, erwarten die Eltern, dass sich durch die in der Öffentlichkeit immer wieder gefeierte Einstellung von 2500 zusätzlichen Lehrkräften die Bildungsqualität überall entscheidend verbessert. Die ernüch-

ternde Bilanz nach der Schulstrukturreform sieht aber so aus: Bis zu 1000 neue Stellen verschwinden in den nächsten acht Jahren für das Abitur nach Klasse 12 im Gymnasium. Denn die von der Kultusministerkonferenz vorgeschriebenen jährlichen 265 Unterrichtsstunden müssen nun in einem Jahr weniger geschafft werden. Das heißt, dass im Extremfall Schülerinnen und Schüler mit 34 bis 35 Wochenstunden höher belastet werden als ihre berufstätigen Eltern.

Und dabei können die Klassen in der Realschule und im Gymnasium mit über 30 Kindern aufgefüllt werden. 700 „neue Stellen“ werden auf nichtfinanzierte Einstellungen der Vorgängerregierung angerechnet. Durch die Abschaffung der Orientierungsstufe und die Einführung des gegliederten Systems ab Klasse 5 müssen mehr Klassen gebildet werden. Dies kostet weitere 500 Stellen. Wenn die bisherigen Lehrkräfte an den Orientierungsstufen auf das gegliederte System aufgeteilt werden, haben sie in der Realschule und im Gymnasium eine geringere Unterrichtsverpflichtung. Weitere 450 Stellen müssen dafür in Abzug gebracht werden. Von den 2500 „zusätzlichen“ Stellen bleibt ein Minus von 150 Stellen!

Durchlässigkeit nur nach unten

Und der Stellenabbau geht weiter: Schon in zwei Jahren sollen erst 50, dann 250 und dann 400 Stellen wegfallen! Durch die unterschiedlichen Stundentafeln, den Beginn der zweiten Fremdsprache mit Klasse 6, das Abi-

tur nach zwölf Jahren und die einseitige Ausrichtung der Hauptschule auf einfache betriebliche Tätigkeiten, die im Übrigen immer weniger benötigt werden, werden Hauptschule, Realschule und Gymnasium immer weniger durchlässig nach oben. Eine Durchlässigkeit nach unten wird aber durch die Einführung des gegliederten Schulwesens nach Klasse 4 immer wahrscheinlicher.

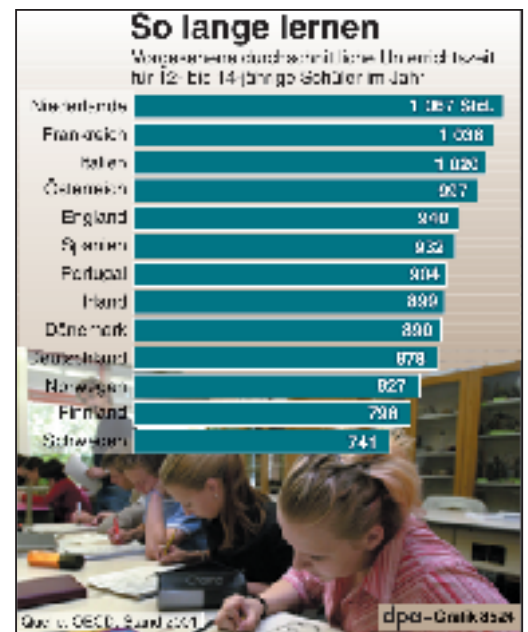
Unsere Musterfamilie ist im Dilemma: Wählt sie für ihr Grundschulkind eine anspruchsvolle Schulform, an der es scheitert, wird es durch Versagenserlebnisse geprägt, wählt es die Haupt- oder Realschule, gibt es immer weniger Durchlässigkeit zum Abitur. Wählt es die Gesamtschule, wird es besonders hart durch die ideologisch begründete Sparoperation der konservativen Regierung getroffen: Dort wird das an den erfolgreichen skandinavischen PISA-Ländern orientierte Konzept an integrativem und jahrgangsübergreifendem Unterricht so zusammengestrichen, dass einzelne Gesamtschulen zwischen 10 und 15 Prozent ihrer Stundenkontingente verlieren werden.

Integration nimmt Schaden

Da stellt sich unsere Familie die Frage, ob sie möglicherweise im kostenpflichtigen privaten Schulwesen ein Angebot für ihre beiden Kinder findet und ob sie es sich leisten kann? Denn werden bei ihrem zweiten Kind neben Sprachdefiziten weitere Entwicklungsstörungen festgestellt, geht es um optimalen Förderung: Soll das Kind in der Grundschule bleiben oder ist es besser in einer „Sonderschule“ aufgehoben? Allerdings werden die Chan-

cen auf integrativen Unterricht in der GS, in dem die Probleme des Lebens und des Lernens individuell mit Zeit und festen Beziehungen aufgearbeitet werden, immer geringer. Denn spätestens ab Klasse drei muss die Grundschule die ehemaligen Funktionen der Orientierungsstufe übernehmen: Sie muss Fordern und Fördern, aber auch auf die Hauptschule, Realschule und das Gymnasium orientieren. Das integrative Konzept des „Lernens unter einem Dach“ in der Grundschule wird sich dann immer mehr in der Konkurrenz der Ansprüche zwischen Aussonderung und Integration behaupten müssen.

Die Rahmenbedingungen dazu werden gerade zusammengestrichen. Käme dies Kind dann auf die Hauptschule, würde es Kinder mit Migrationshintergrund oder aus Aussiedlerfamilien kennen lernen. An diesen spart die Landesregierung zweifach: Beim muttersprachlichen Unterricht und bei der Hausaufgabenhilfe. Die Verträge mit geringfügig und befristet Beschäftigten beim muttersprachlichen Unterricht werden gekündigt. Fehlende Unterstützung bei der Integration bedeutet weitere massive Probleme und Konfliktpotenzial im pädagogischen Alltag der Schulen. Denn der muttersprachliche Unterricht dient



nicht nur dazu, die Kinder sprachlich zu fördern. Auch sind die Lehrkräfte – vielfach aus demselben Heimatland oder Kulturkreis stammend – oft auch Anlaufstelle für diese jungen Menschen, denen der Alltag in einem noch fremden Land viele Probleme bereitet. Die Arbeit dieser Pädagogen trägt stark zur sozialen Stabilisierung dieser Kinder und Jugendlichen bei. Diese Arbeit wird nun zerstört. Dazu soll die Hausaufgabenhilfe im Umfang von mindestens 2 Mio. Euro komplett gestrichen werden.

Sparoperation bei den Hochschulen

Würde das andere Kind unserer Musterfamilie in einem Zeitsprung nach einem erfolgreichen Abitur studieren wollen, würde es mit den Auswirkungen des „Hochschuloptimierungskonzeptes“ (HOK) der Landesregierung konfrontiert werden. Das HOK soll ein intelligentes, umfassendes und in sich geschlossenes Konzept sein, bei dem 40,6 Millionen Euro eingespart werden sollen. Dabei wird es besonders dem akademischen Mittelbau, den studentischen Hilfskräften und den Bibliotheken an die Substanz gehen. Da es im Hochschulbereich nicht nur verschlechterte Qualifizierungsmöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs geben wird, sondern sich zwangsläufig die Belastungen für die Studierenden erhöhen werden, handelt es sich weder um Optimierung noch um ein Konzept, sondern um eine schlichte Sparoperation der Landesregierung, die die Hochschulen des Landes massiv schwächen und dem Kind unserer Musterfamilie weitere Steine in den Weg legen wird.

Wendet sich das womöglich arbeitslose andere Kind – wieder in einem Zeitsprung – an die Erwachsenenbildung, findet es folgende Situation vor: Gegenüber einem Ansatz von rund 60 Mio. Euro im Jahr 1993 wurden die Mittel auf rund 51 Mio. Euro in 2003 gekürzt. Nun sind in der Haushaltsplanung 2004 weitere Kürzungen der Landesmittel für die Erwachsenenbildung von 3 Prozent eingeplant. Und auf diese Weise werden auch die Großen kurz gehalten.

MICHAEL STROHSCHNEIN

AUFSTEHN!

DAMIT ES ENDLICH BESSER WIRD!

Europaweiter Aktionstag in Berlin, London, Paris, Dublin, Bratislava, Brüssel, Rom, Stockholm, Athen, Madrid, Stuttgart, Oslo, Wien, Kopenhagen, Lissabon, Prag, Warschau, Köln, ...

Europäischer
Aktionstag
3. April 04
Berlin, Köln,
Stuttgart
DGB

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

dass Sie jetzt für Ihre Gesundheit tiefer in die Tasche greifen müssen, dass Arbeitgeber mit Lohn- und Gehaltskürzungen und Arbeitszeitverlängerungen drohen, dass Arbeitslose zunehmend sozial deklassiert statt vermittelt werden, dass in unseren Schulen Unterricht ausfällt und Studienplätze abgebaut werden, alles das ist kein Zufall.

Niemand wird bestreiten, dass der Sozialstaat in Deutschland vor großen Herausforderungen steht. Zukunftsgerechte Reformen sind notwendig. Statt sich dieser Aufgabe mit aller Kraft zu stellen, soll uns weis gemacht werden, dass unsere soziale Sicherung und die öffentlichen Dienstleistungen zu teuer sind und es ohne Kürzungen nicht geht. Es wird von unten nach oben umverteilt. Nicht nur in Deutschland, überall in Europa singen marktradikale Politiker und Unternehmer das gleiche Lied: Die Löhne und Gehälter sind zu hoch, die Arbeitszeiten zu kurz. Überall die gleiche einfältige Predigt.

Wie diese Arbeitgeber den Beschäftigten drohen, so drohen sie auch der Politik: Wenn der Sozialstaat nicht billiger wird und Arbeitnehmerrechte nicht abgebaut werden, wollen sie unserem Land den Rücken kehren. Sie wollen sich aus ihrer Verantwortung für die Sozialversicherungen stehlen. Und sie wollen keine Steuern mehr für Leistungen bezahlen, von denen gerade sie profitieren, seien es Schulen, Hochschulen und Kindergärten oder auch Straßen und Kultureinrichtungen.

Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und ihre Familien lassen sich weder erpressen noch für kurzfristige Gewinninteressen

instrumentalisieren. Die Gewerkschaften Europas nehmen diese Politik nicht länger hin. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger sowie alle demokratischen Organisationen und Bewegungen auf, am 3. April 2004 gemeinsam für sozial gerechte Reformen in Deutschland und Europa zu demonstrieren.

Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Europa!

Demonstrieren Sie mit Ihrer Familie und ihren Freunden für ein Europa, in dem alle Menschen die Chance haben, ein Leben in Freiheit und Würde zu führen. Werden Sie Teil einer Bewegung für eine europäische Wirtschafts- und Sozialordnung, die den Menschen dient. Wir wollen Arbeit für alle von der man in Würde leben kann. Stehen wir zusammen für eine solidarische Gesundheitsversicherung und für Renten, die ein würdiges Leben im Alter sichern. Und wir fordern mehr Geld für Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Demonstrieren Sie mit uns für ein Europa, in dem die Bürgerinnen und Bürger teilhaben können an allen für sie wichtigen Entscheidungen, in den Parlamenten genau so wie in den Betrieben und Unternehmen.

Zeigen Sie, dass Sie für ein sozial verfasstes Europa der Bürgerinnen und Bürger stehen.